

PRO BAHN zur Planung des Schienenpersonennahverkehrs in Brandenburg

Neufassung 12.Juni 2017

1. Der Regionalverkehr Berlin-Brandenburg leidet derzeit unter erheblichen **Kapazitäts-Engpässen**, für viele Pendler heißt das „**Stehplatz**“ auf teilweise langen Strecken. Ursache ist ein zu geringer Bestellumfang an Regionalverkehr durch das Land Brandenburg. Brandenburg gehört zu den wenigen Bundesländern, die die vom Bund für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) bereitgestellten Mittel seit mehr als 10 Jahren nicht vollständig für die Bestellung von SPNV-Leistungen oder für Investitionen in den Schienenverkehr ausgeben, sondern damit in erheblichem Umfang andere Landesaufgaben finanzieren. Bei heutigen Wachstumsraten der Passagier-Nachfrage von 5% pro Jahr muss bis 2030 mit einer weiteren **Nachfrage-Steigerung** von weit über 50% gerechnet werden. Wohnungsmangel, Immobilien- und Mietpreissteigerungen in Berlin werden weiter für Zuwachs im Regionalverkehr sorgen.
2. Die **wirtschaftliche Entwicklung** des Landes wird schon heute wesentlich von **Pendlern** getragen. Fast ein Drittel der Beschäftigten in Brandenburg verdienen ihr Geld in anderen Bundesländern, vor allem in Berlin. **Häufige und schnelle Regionalzüge** sind für Brandenburg die Grundlage weiterer Entwicklung und notwendig, um den Pendlerverkehr nicht auf die Straßen zu treiben. Kommunen mit gutem Regionalverkehrs-Anschluss werden weiter wachsen.
3. Das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung hat für Anfang Juni 2017 zu vier **Regionaldialogen** für die Erarbeitung des neuen **Landesnahverkehrsplans 2018-2022** eingeladen. Mit dem Landesnahverkehrsplan sollen „konkrete Bedienkonzepte für die kommenden Jahre entwickelt (werden), mit denen sich das Angebot für die Fahrgäste verbessern soll“.
4. Parallel dazu bereitet das Land Brandenburg die **Ausschreibung** des größten Teils des Regionalverkehrs Berlin/Brandenburg vor, diese Ausschreibung wird **alle wichtigen RE- und Vorort-Linien** von und nach Berlin umfassen. Mit dieser Ausschreibung werden Linienangebot, Fahrzeuge und Takte des Regionalverkehrs **für die Zeit 2023 bis 2035** weitgehend **festgelegt**, da einmal geschlossene Verkehrsverträge nur sehr schwer und mit hohen Mehrkosten verändert werden können.
5. Weiterhin erarbeitet derzeit das Bundesministerium für Verkehr und Digitale Infrastruktur den **Fahrplan des Deutschland-Takts für 2030**, der wiederum die Grundlage für zusätzlichen **Infrastrukturausbau** darstellen wird. Die Bundesländer sind dabei aufgefordert worden, ihre Planungen für Linien, Takte und Fahrzeiten im Jahr 2030 zu liefern, damit diese Planungen beim Taktsystem und beim Infrastrukturausbau berücksichtigt werden können.
6. Die langfristigen **Planungen des Landes Brandenburg** sind **nicht hinreichend öffentlich bekannt**, auch nicht, welche Linien und Takte das Land dem Bund für den weiteren Infrastrukturausbau für 2030 benannt hat.

Damit ist leider festzustellen: Das Ministerium trifft Festlegungen zum Regionalverkehr **bis weit in die 2030er Jahre**, ohne die langfristigen Planungsgrundlagen ausreichend öffentlich zu machen und mit den Betroffenen im Land zu diskutieren.

Die vage Beschreibung von einigen Verbesserungen im Zuge der Ausschreibung ist kein Ersatz für die Vorlage eines Gesamtkonzepts für 2030. Die **Regionaldialoge** zum Landesnahverkehrsplan sind nicht wirklich aufschlussreich, was die langfristigen Planungen der Landesregierung angeht. Einen Großteil der Informationen behält das Brandenburger Verkehrsministerium weiter für sich.

Der **Fahrgastverband PRO BAHN Berlin-Brandenburg** hat daher im Interesse der Fahrgäste, der betroffenen Bürger und Kommunen folgende **Forderungen** an das Ministerium für Infrastruktur und Landesentwicklung bezüglich der Zukunftsplanungen des Schienen-Regionalverkehrs:

1. Vor der Ausschreibung aller bedeutsamen Linien des Regionalverkehrs muss ein **Planungsprozess** stattfinden, der **transparent** die damit festgelegten Linien-, Fahrzeug- und Taktkonzeptionen aller Linien (nicht nur die der ersten Ausschreibung) für 2030 und danach offenlegt und die Diskussion mit den Gebietskörperschaften und den Bürgern ermöglicht. Es muss schlüssig dargelegt werden, wie der erwartete Zuwachs an Fahrgästen bis 2030 bewältigt werden kann.
2. Ebenso muss das Ministerium die **Planungsgrundlagen**, die dem Bundesministerium für Verkehr bezüglich des Fahrplans 2030 gemeldet wurden, **öffentlich** machen und wenigstens nachträglich zur **Diskussion** stellen.
3. Der Grundsatz für Planungen des Landes muss dabei sein, die Landesentwicklung durch eine **Verbesserung der Erreichbarkeit** aller Regionen im Land Brandenburg zu fördern und für die Berlin-fernen Regionen **Fahrzeitverkürzungen, Direktverkehre** und mindestens den **Stundentakt** vorzusehen, für den Vorortverkehr deutlich **größere Sitzplatz-Kapazitäten** und **Taktverdichtung**.
4. Die Interessen der Bürgerinnen und Bürger in den größeren Städten des Landes, die schnelle und direkte Züge brauchen, dürfen nicht länger gegen die Interessen der kleinen Orte, die weiter bedient werden sollen, ausgespielt werden. Brandenburg braucht beides: Schnelle Linien ohne allzu viele Halte und Linien, die an allen Stationen halten.
5. Brandenburg muss die vom Bund für die Bestellung von Zugleistungen bereitgestellten **Mittel vollständig für Schienenverkehr** einsetzen und die notwendigen **Mehrleistungen** bestellen.
6. Das Fehlen der Potsdamer Stammbahn, der noch nicht erfolgte Wiederaufbau der Berliner Nordbahn, der Kremmener Bahn und der Heidekrautbahn, fehlende Elektrifizierung oder fehlende zweite Gleise dürfen **kein Denkhindernis** für ein **perspektivisch notwendiges Verkehrsangebot** für 2030 sein. Dabei muss sich Brandenburg an notwendigen Ausbaumaßnahmen beteiligen.

Bei den Veranstaltungen der Regionaldialoge soll von der Landesregierung die Beantwortung der Frage eingefordert werden, wie die **Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und der Kommunen** an den langfristigen Planungen für die Zeit 2030 und danach aussehen soll, mit denen die **Chancen** für Wachstum und Entwicklung im Land Brandenburg verteilt werden. In den nächsten Monaten müssen die Weichen **langfristig** in die richtige Richtung gestellt werden!